

# MEXIKOS DROGENKRIEG UND DEUTSCHE INTERESSEN

## KORRUPTION UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN SCHEINEN DIE DEUTSCHE POLITIK NICHT ZU STÖREN

**S**eit Präsident Felipe Calderón Ende 2006 den „Krieg gegen den Drogenhandel“ ausrief, haben mehr als 60.000 Menschen in Mexiko durch diesen ihr Leben verloren und die Zahl der Menschenrechtsverletzungen ist explodiert. Doch die deutsche Regierung ist offen für ein Abkommen mit den korrupten Polizeistrukturen Mexikos – warum?

Seit sechs Jahren tobt in Mexiko der vom nunmehr scheidenden Präsidenten Calderón ausgerufene Antidrogenkrieg. Nur 1 % der über 60.000 Todesopfer sind laut Calderón „unschuldige ZivilistInnen“ – ein bedauerlicher „Kollateralschaden“. Soziale und Menschenrechtsorganisationen bestreiten diese Angabe vehement. Die Zahl der Fälle von Verschwindenlassen und Erschießungen, denen soziale AktivistInnen und unbeteiligte BürgerInnen, die zur falschen Zeit am falschen Ort waren, zum Opfer gefallen sind, ist deutlich höher und zum Teil gut dokumentiert. Hinzu kommen verbreitete Folter und die willkürliche Verhaftung Unschuldiger.

### Deutsch-mexikanische Zusammenarbeit

Im Frühsommer 2011 überraschten zwei deutsche Spitzenpolitiker die Öffentlichkeit mit der Ankündigung eines deutsch-mexikanischen Abkommens zur Polizeizusammenarbeit. Solche bilateralen Abkommen hat Deutschland mit zahlreichen Staaten abgeschlossen. Doch bei Mexiko handelt es sich um ein Land, in dem die Sicherheitskräfte seit Jahren massive Menschenrechtsverletzungen begehen. Folglich waren deutsche wie mexikanische Menschenrechtsorganisationen von dieser Ankündigung gleichermaßen alarmiert. Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRK)<sup>1</sup> veröffentlichte im Januar 2012 zu dem Vorhaben ein Positionspapier<sup>2</sup>, in dem sie sich explizit gegen den Abschluss eines solchen Abkommens ausspricht, so lange im mexikanischen Alltag bei der Menschenrechtssituation keine Wende spürbar ist. Das angestrebte Abkommen geht auf einen Entwurf des mexikanischen Außenministeriums vom Dezember 2010 zurück und dürfte kaum der Abwehr der organisierten Kriminalität dienen, sondern der mexikanischen Imagepflege als glaubwürdiger Vertragspartner. Die deutsche Politik hilft dabei. Indizien weisen darauf hin, dass Gegenleistungen im wirtschaftlichen Bereich erwartet werden – Marktzugang für den Export von Rüstungsgütern, Sicherheits- und Umwelttechnologien.<sup>3</sup> Das Auswärtige Amt räumt zwar ein, dass der Einsatz der mexikanischen Sicherheitskräfte im „Drogenkrieg“ mit

gravierenden Menschenrechtsproblemen behaftet ist. Doch in Berlin besteht man seit Jahren darauf, dass für die mexikanische Regierung die „Unschuldsvermutung“ gelten müsse, denn diese arbeite ja an der Verbesserung der Situation. Diese Nachsicht der deutschen Außenpolitik harmoniert mit der Initiative „Neue Zielmärkte“ des Bundeswirtschaftsministeriums, die sich auf sechs Länder konzentriert, darunter Mexiko.<sup>4</sup> Das Ministerium macht die „neuen Zielmärkte“ unter anderem daran fest, dass die deutschen Exporte dorthin „überdurchschnittlich, d.h. um mindestens 20 % im Vorjahresvergleich wuchsen“. Außerdem ist für diese Kategorie festgelegt, dass das Marktpotential für deutsche ExporteurInnen in Bereichen liegt, „die in besonderem Maße der politischen Flankierung bedürfen“. Mit anderen Worten: Die deutsche Außenpolitik soll mit einer Mischung aus Zugeständnissen und Forderungen ein günstiges Investitionsklima schaffen.

### Im Zustand fast völliger Straflosigkeit

Laut dem Positionspapier der DMRK ziehen sich Menschenrechtsverletzungen durch sämtliche Polizeistrukturen von der lokalen bis zur Bundesebene, ganz zu schweigen vom Militär, dessen Einsatz im Inneren durch ein im Oktober 1996 verabschiedetes „Gesetz gegen die Organisierte Kriminalität“ legitimiert wurde. Seither gibt es zahlreiche Belege, dass mit dieser Scheinlegitimation auch soziale Bewegungen und politisch unliebsame Personen unterdrückt werden. Folter wird trotz Ratifizierung der Antifolterkonvention der UNO in allen Teilen Mexikos systematisch angewendet. Durch Folter erpresste Geständnisse werden von mexikanischen Gerichten vorbehaltlos als Beweismittel anerkannt. Mit einer Kombination aus Schlägen, simuliertem Erstickern, simuliertem Ertränken, Elektroschocks und Scheinexekutionen versuchen die Sicherheitskräfte, an Informationen über DrogendealerInnen zu gelangen, vorangegangenen Polizeimissbrauch zu vertuschen oder soziale AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen zu zwingen, Taten zu gestehen, die sie nicht begangen haben. Laut Human Rights Watch vertuschen RichterInnen, StaatsanwältInnen und AmtsärztInnen, deren Aufgabe es wäre,

<sup>1</sup> [www.mexiko-koordination.de/mrk-mexiko/mitgliedsorganisationen.html](http://www.mexiko-koordination.de/mrk-mexiko/mitgliedsorganisationen.html) (Stand aller Links: 02.09.2012).

<sup>2</sup> [www.mexiko-koordination.de/ressourcen/cat\\_view/44-dokumente-der-koordination.html](http://www.mexiko-koordination.de/ressourcen/cat_view/44-dokumente-der-koordination.html).

<sup>3</sup> Experten präsentierten Militärs deutsche Sicherheitstechnik, CAMEXA Pressemitteilung vom 21.02.2012; <http://mexiko.ahk.de/>.

<sup>4</sup> Neue Zielmärkte – Neue Wachstumschancen, Monatsbericht 02-2012.

Hinweisen auf Folter nachzugehen und diese zu unterbinden, diese oder sie sind sogar aktiv daran beteiligt. Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen, eine Praxis, die in Mexiko seit den 1970er Jahren Tradition hat, haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen verweist in ihrem Bericht darauf, dass seit 2006 mehr als 3.000 Personen dauerhaft verschwunden sind.<sup>5</sup> In dem Bericht wird auf die besondere Gefährdung von Minderjährigen, Frauen, MigrantenInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen, JournalistInnen, sozialen und GewerkschaftsaktivistInnen verwiesen. So wurden laut Nationaler Menschenrechtskommission 11.333 MigrantInnen allein von April bis September 2010 entführt, in der Regel, um Lösegelder von ihren Verwandten zu erpressen. In 1.009 Fällen ist die Beteiligung von PolizistInnen bzw. von BeamtenInnen der Migrationsbehörde dokumentiert.

### Geheimgefängnisse und Exekutionen

Ein im Dezember 2011 erschienener Beitrag befasst sich mit der Existenz von Geheimgefängnissen in Mexiko.<sup>6</sup> Jüngste ZeugInnenaussagen erhärten den seit längerem existierenden Verdacht ihrer Existenz. An wechselnden Orten zeitweise errichtet, sind sie über das gesamte Land verteilt.

Nach zweijähriger Recherche verifizierte Human Rights Watch 24 Fälle von extralegalen Tötungen.<sup>7</sup> Die tatsächliche Zahl liegt um ein Vielfaches höher, denn aufgrund des Mangels an kriminalistischen Untersuchungen und der verbreiteten Manipulationen am Tatort wird eine bedeutende Zahl extralegalen Tötungen niemals berichtet. Bezeichnend ist auch, dass öffentliche Bekenntnisse zur Durchführung extralegalen Tötungen ohne juristische bzw. disziplinarische Konsequenzen bleiben.<sup>8</sup> Mehr noch, im vorliegenden Beispiel avancierte der Ex-Brigadegeneral Carlos Villa Castillo nach einem solchen Bekenntnis vom Sicherheitschef einer Stadt zum Sicherheitschef eines ganzen Bundesstaates.

### Auf verlorenem Posten

In akademischen wie diplomatischen Kreisen herrscht inzwischen Konsens darüber, dass Calderóns Drogenstrategie gescheitert ist.<sup>9</sup> Nur Massenmedien und offizielle Stellen schweigen sich darüber aus. Der mexikanische Präsident bevorzugte ein militärisches Vorgehen. Der Kampf gegen Geldwäsche wurde vernachlässigt, was mit der in Me-

xiko allgegenwärtigen politischen Kultur der Korruption zusammenhängen dürfte und seinen Anteil daran hat, dass die mexikanische Regierung der Drogenmafia finanziell betrachtet hoffnungslos unterlegen ist. Schätzungen zufolge war 2010 eine halbe Million Menschen im Drogenbusiness tätig, und es werden derzeit jährlich etwa 20 Milliarden US-Dollar Gewinn erwirtschaftet.<sup>10</sup> Dabei ist die organisierte Kriminalität mittlerweile so weit diversifiziert, dass dies nur etwa die Hälfte der Gesamteinkünfte darstellt – die andere Hälfte kommt aus Menschenhandel, Anzapfen von Erdölleitungen, Schutzgelderpressung, Investitionen in reguläre Wirtschaftszweige. Für den Sicherheitsbereich verweist Niels Uildriks vom *Institute for Safety, Security and Crisis Management* in Den Haag darauf, dass die unteren Ränge der Polizei zugleich Täter und Opfer der „zügellosen Korruption des gesamten Systems“ sind, wobei ein großer Prozentsatz der von den unteren Dienstgraden empfangenen Bestechungsgelder die Hierarchie hinauf fließt und Polizeioffiziere an der Spitze der Pyramide davon profitieren.<sup>11</sup> Nach Ansicht von Uildriks herrscht nicht nur ein starker institutionalisierter Anreiz zur Korruption, sondern die Korruption ist zugleich ein Fundament für die herrschende Straflosigkeit bei den Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei.

### Sicherheitskräfte als Teil der Drogenmafia

Man kann sich vorstellen, wie leicht es für Drogenkartelle sein muss, solche Strukturen zu infiltrieren. Bezeichnend ist auch, dass ausgerechnet Deserteure einer Spezialeinheit zur Bekämpfung der Drogenkriminalität den Kern des inzwischen mächtigsten und brutalsten Drogenkartells (*Los Zetas*) bilden. Insofern ist die Verhaftung von vier mexikanischen Generälen zwar eine „in der Geschichte des Landes beispiellose Entscheidung“, wie es kürzlich in einer Meldung der ZEIT hieß.<sup>12</sup> Sensationell wird es aber erst dann, wenn diese rechtskräftig verurteilt wurden. Seit langem ist bekannt, dass durch die Bekämpfung einzelner Kartelle bzw. die Tötung oder Verhaftung von Drogenbossen ein Vakuum entsteht, das zu Machtkämpfen um die Neubesetzung der frei gewordenen Räume bzw. Stellen führt. Auch in Mexiko hat das zu einer Zunahme der Gewalt und keinesfalls zu einer Schwächung des Drogengeschäfts geführt. Im Gegenteil, während der Gewinn aus diesen Geschäften in Mexiko Mitte der 1990er Jahre noch auf sieben Milliarden US-Dollar beziffert wurde,<sup>13</sup> belief er sich 2010, nach vier Jahren „Krieg gegen den Drogenhandel“, auf die oben erwähnten 20 Milliarden Dollar.



Foto: Claudio Baldo / CL-Lizenzen

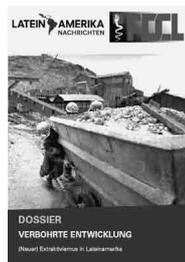
Anzeige

## Die neuen Dossiers in den Sommerausgaben 2012 der *Lateinamerika Nachrichten*



### SUCHE NACH HARMONIE

// Warum indigene Justiz weder gut noch böse ist



### VERBOHRTE ENTWICKLUNG

// (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika

### PROBEABO

// 3 Monate lesen für 10 Euro  
// endet automatisch

**Lateinamerika Nachrichten** // Die Monatszeitschrift  
Gneisenaustr. 2a // 10961 Berlin // Tel: 030 694 6100  
abo@LN-Berlin.de // www.lateinamerika-nachrichten.de



### Eine Frage der Perspektive

Es stellt sich die Frage, warum die Regierung Calderón bei der vorhersehbaren Aussichtslosigkeit einer militärischen Lösung den Antidrogenkrieg überhaupt vom Zaun gebrochen hat. Darauf gibt es mehrere mögliche Antworten.



Erstens führte die politisch gewollte Eskalation des Drogenkrieges zu einem Erstarren der Rolle des Militärs in der mexikanischen Gesellschaft. Ende 2006, als der damals neu gewählte Präsident aufgrund offenkundiger Wahlfälschung in einer tiefen Legitimationskrise steckte, halfen ihm die Streitkräfte, sein Amt anzutreten.<sup>14</sup> Calderón hatte allen Grund, sich zu revanchieren und dem Militär durch den Antidrogenkrieg mehr Macht und Einfluss in der Gesellschaft zu verschaffen.

Zweitens stand Mexiko schon früher unter dem Druck der USA, die die Drogenkriminalität bevorzugt auf der Seite der Produzierenden, also im Ausland bekämpft (bzw. bekämpfen lässt). Hinzu kommt das strategische Ziel der USA, seinen südlichen Nachbarn stärker in die eigene Sicherheitsstrategie einzubinden. Die Politikwissenschaftlerin Raina Zimmering schlussfolgerte: „In den letzten 20 Jahren wurden die Beziehungen zu den USA vor allem über den Dammbrecher des Antidrogenkrieges intensiviert. Der Antidrogenkampf erfolgt letztendlich unter Führung der USA“,<sup>15</sup> die im Rahmen des als „Plan Mérida“ bezeichneten Abkommens knapp eine halbe Milliarde Dollar dafür zur Verfügung stellte.

Drittens bot und bietet der Antidrogenkrieg die Möglichkeit, den Kampf gegen aufständische Gruppen zu rechtfertigen und zu verschleiern. Das betrifft das eingangs erwähnte „Gesetz gegen die Organisierte Kriminalität“ von 1996; kombiniert mit wiederholten Versuchen, die Zapatistische Befreiungsarmee – deren Aufstand im Jahr 1994 nach wenigen Wochen in einem bis heute gültigen Waffenstill-

stand mündete – mit dem Drogenanbau in Verbindung zu bringen, um somit einen Vorwand für militärisches Eingreifen zu schaffen. Im Rahmen der seit 2006 vollzogene Eskalation des Antidrogenkrieges werden solche Möglichkeiten landesweit genutzt: KritikerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen werden überfallen, verschleppt, inhaftiert und öffentlich als KomplizInnen der organisierten Kriminalität oder TerroristInnen diffamiert.

### „Unschuldsvermutung“ für die Regierung Mexikos

Mit anderen Worten: Es gibt eine Reihe von Gründen, in Mexiko einen Antidrogenkrieg zu führen, ohne den Drogenhandel wirklich bekämpfen zu wollen. Das setzt ein dickes Fragezeichen hinter den Sinn eines deutsch-mexikanischen Sicherheitsabkommens zur vermeintlichen Bekämpfung der Drogenkriminalität. Die oben beschriebene Bilanz sollte berücksichtigt werden, wenn man die Bereitschaft der deutschen Bundesregierung, mit Mexiko ein Sicherheitsabkommen abzuschließen, bewerten will. Außenminister Westerwelle äußerte bei seinem Besuch in Mexiko Mitte Juli 2011 die Gewissheit, „dass Mexiko den Kampf gegen die großen Drogenkartelle mit rechtsstaatlichen Mitteln gewinnen will“.<sup>16</sup> Auf der Basis des „mit Mexiko geteilten Werteverständnisses“ gehe es bei dem geplanten Abkommen unter anderem um „den Austausch von Informationen über Straftäter, Hinterleute, Täterverbindungen, Strukturen von Tätergruppen, Tatzeiten, Tatorte, verletzte Strafnormen, getroffene Maßnahmen“ sowie um „operative Zusammenarbeit [...] gegebenenfalls mithilfe personeller/materieller Unterstützung“.<sup>17</sup> Bei „geteiltem Werteverständnis“ können einem Land, das „für die Positionierung deutscher und europäischer Unternehmen auf den Märkten des amerikanischen Kontinents von strategischer Bedeutung [ist]“,<sup>18</sup> systematische Folter, staatlich zu verantwortende Morde und Rechtsbrüche schon einmal nachgesehen werden.

### Peter Clausing arbeitet in der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko mit.

<sup>5</sup> [www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=10907&LangID=E](http://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=10907&LangID=E).

<sup>6</sup> <https://nacla.org/news/2011/12/14/ clandestine-detention-centers-mexico>.

<sup>7</sup> Human Rights Watch, Neither Rights Nor Security. Killings, Torture, and Disappearances in Mexico's "War on Drugs", 2011, 161.

<sup>8</sup> [www.jornada.unam.mx/2011/03/13/politica/007n1pol](http://www.jornada.unam.mx/2011/03/13/politica/007n1pol).

<sup>9</sup> Vgl. [www.tni.org/article/failed-war-drugs-mexico](http://www.tni.org/article/failed-war-drugs-mexico).

<sup>10</sup> <http://www.cipamericas.org/archives/3670>.

<sup>11</sup> Niels Uildriks, Mexico's unruly of law: implementing human rights in police and judicial reform under democratization, 2010, 150 f.

<sup>12</sup> [www.zeit.de/news/2012-08/01/mexiko-vier-mexikanische-generale-unter-drogenhandelsverdacht-festgenommen-01211209](http://www.zeit.de/news/2012-08/01/mexiko-vier-mexikanische-generale-unter-drogenhandelsverdacht-festgenommen-01211209).

<sup>13</sup> Jose Luis Velasco, Insurgency, Authoritarianism and Drug Trafficking in Mexico's "Democratization", 2005, 95.

<sup>14</sup> Fn. 10.

<sup>15</sup> Raina Zimmering, Das mexikanische Militär: Von der Revolutionsarmee zur Polizeikraft, WeltTrends Nr. 49, 2005, 60 (67).

<sup>16</sup> [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/westerwelle-sichert-hilfe-im-drogenkrieg-zu/4400378.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/westerwelle-sichert-hilfe-im-drogenkrieg-zu/4400378.html).

<sup>17</sup> Bundestagsdrucksache 17/5733, Frage 48.

<sup>18</sup> Neue Zielmärkte (Fn. 4).